



KONSEQUENZEN FÜR KRITIKER DES MERKELREGIMES IM JAHRE

2020

Corona-Zwangsmaßnahmen: Polizei und Antifa gegen das Volk

Von STEFAN SCHUBERT | Es wird eine Zeit nach Corona geben. Und es wird Gewinner der Krise, aber weitaus mehr Verlierer geben. Ein Verlierer dieser Krise mit einem enormen Reputationsverlust innerhalb der Bevölkerung steht bereits jetzt, sehr zum Missfallen des Autors, fest – die deutsche Polizei.

Deeskalation wurde von der politischen Führung der Polizei bei Einsätzen als oberste Maxime verordnet, also zumindest dann, wenn es gegen kriminelle Araberclans, schwarzafrikanische Drogenbanden wie im Görlitzer Park, »Gruppen junger Männer« oder linksextreme Gewalttäter geht. Sobald die Bürger dieses Landes jedoch an angemeldeten Demonstrationen teilnehmen und sich versammeln, um Kritik an den Corona-Zwangsmaßnahmen der Bundesregierung zu artikulieren, marschieren sogleich Hundertschaften auf und greifen hart durch. Selbst eine betagte DDR-Bürgerrechtlerin wie Angelika Barbe wird von Polizisten weggeschleift und mit Blessuren zurückgelassen.

Zwischen *Spiegel* und Antifa passt kein Blatt Papier

Vorbereitet haben diesen repressiven Staat Schreiberlinge aus den Mainstream-Medien mit einer regelrechten Hetze und Verächtlichmachung von Demonstranten. Vorneweg in den sozialistischen Totalitarismus marschiert einmal mehr der *Spiegel*, der es immer wieder schafft, seinen Niveauverlust noch weiter herunterzuschreiben.

Nicht nur inhaltlich haben sich diese Linksaktivisten aus ihrem Glaspalast in der Hamburger HafenCity nun endgültig dem Niveau von Antifa-Flugblättern angepasst. So lautet die Überschrift eines Artikels von Talkshow-Dauergast Markus Feldenkirchen im *Spiegel* beispielweise: »Manche Demonstranten sind kein Fall für die Politik, sondern für die Psychiatrie«.

Aus den Sätzen dieses Schreibtischtäters trieft geradezu eine Demokratieverhöhnung und Verachtung gegen politisch Andersdenkende. Vergleichbare Sätze, etwa zu den Linksterroristen des G-20-Gipfels, die Hamburg in einen Schauplatz bürgerkriegsähnlicher Unruhen verwandelt haben, sucht man hingegen vergeblich. Stattdessen erhalten diese Linksterroristen durchweg das Framing der »linken Aktivisten«.

Nun habe ich einige Beiträge von *Spiegel TV* zu den Corona-Demonstrationen gesehen, die propagandistisch ähnlich wie der Artikel aufgebaut sind. Dort werden die – in der Tat auch vorhandenen – skurrilen Demo-Teilnehmer in den Vordergrund der Berichterstattung gerückt. Diese Einzelfälle nehmen jedoch meist den gesamten Beitrag ein, um so Zehnttausende Demonstranten zu diskreditieren und weitere Bürger abzuschrecken, sich den berechtigten Demonstrationen anzuschließen. Feldenkirchen habe ich bei keinem dieser Beiträge gesehen und auch auf keinem Handy-Video, wie er sich persönlich ein Bild von der Lage vor Ort macht oder auch nur ein Gespräch mit Demonstrationsteilnehmern führt.

Trotz der offensichtlichen Missachtung jeglicher journalistischen Standards, sieht der *Spiegel*-Journalist nicht davon ab, die Demonstrationsteilnehmer pauschal zu beleidigen und zu diffamieren: »Leider haben viele, die auf den Straßen und im Netz gerade die große Verschwörung beschwören, chronisch einen an der Waffel«, so Feldenkirchen.



Es wird deutlich, dass die regierungskonformen Journalisten seit Wochen eine linke Verschwörungstheorie verbreiten, wonach Zehntausende Demonstranten ausnahmslos als üble Mischpoke aus mehrheitlich Neonazis, Reichsbürgern, Impfgegnern und Verschwörungstheoretikern dargestellt werden.

Auf der Grundlage dieser Hetze, anders kann man es nicht nennen, bereitet der *Spiegel* auch die folgenden vollkommen überzogenen Polizeieinsätze vor. Politiker und (linke) Polizeiführer wähen sich durch diese tendenziöse Berichterstattung auf der richtigen Seite der Macht und verfügen über keinerlei Skrupel, die Hundertschaften sowie zahlreiche Festnahmetrupps in Marsch zu setzen.

Im gleichen Atemzug verbieten jene Protagonisten der Polizei die Verfolgung von linksextremen Gewalttätern, wenn diese etwa nach einem Pflastersteinwurf in das Linksextremisten-Zentrum Rigaer Straße 94 flüchten. Für diesen Einsatz müssten die Polizisten vor Ort erst Rücksprache halten und die Genehmigung der Behördenleitung einholen. »Entscheidungsvorbehalt« nennt sich diese Aufforderung zur Strafvereitelung im Amt. Ein Entscheidungsvorbehalt, den es für den normalen Bürger, den Souverän dieses Landes, nicht gibt. Die Polizeitruppen haben

freie Hand, egal ob es gegen die betagte DDR-Bürgerrechtlerin Angelika Barbe – oder gegen die YouTuberin Lisa Licentia – oder gegen den veganen Koch Attila Hildmann geht, der von einem halben Dutzend Polizisten rüde zu Boden gerissen und dabei verletzt wurde.

Bei diesen Bildern machen sich Merkel-Claqueure wie der *Spiegel*-Mann Feldenkirchen sicher genüsslich eine neue Flasche Barolo auf, doch für Millionen Menschen im Land wirken diese Eindrücke zu Recht verstörend. Solche und ähnliche Festnahmen, die aufgrund eines Verstoßes gegen die von der Regierung festgelegten Corona-Zwangmaßnahmen durchgeführt werden, dienen offensichtlich der Einschüchterung von Kritikern, sowie deren Stigmatisierung, um einen breiteren Bürgerprotest schon im Keim zu ersticken. In den No-go-Areas der Republik sucht man solche Festnahmen jedoch vergeblich. Wenn dort die Anabolika-Pumper mit Vollbart aus den Clans in Gruppen zusammenstehen, biegt der Streifenwagen schon mal in die nächstmögliche Seitenstraße ab.

Der Polizei steht ein anhaltender Reputationsverlust bevor

Bei den Gelbwesten-Protesten in Frankreich ist eine vergleichbare Situation zu beobachten. Dort ging sowohl die bürgerliche Mitte als auch Bürger, die rechts von einem linken Macron stehen, auf die Straße. Bei den Grundrechte-Demonstrationen in Deutschland braucht man nur den Namen Macron gegen Merkel auszutauschen und entdeckt viele Parallelen. In beiden Ländern gingen die Polizeitruppen mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen demonstrierende Bürger vor. Innerhalb dieses bürgerlichen Mitte-Rechts-Milieus hat die Polizei bisher die größte Unterstützung und Anerkennung erfahren. Während das linksgrüne Milieu seinen Polizeihass, wie aktuell in Berlin geschehen, sogar in einem Gesetzestext formuliert, dem sogenannten Landesantidiskriminierungsgesetz, zerstört die Polizei nun ihr Ansehen in weiten Bevölkerungsschichten, die diese bisher stets verteidigt haben.



Die Hinweise mehren sich, dass die Sicherheitslage in Deutschland diesen Sommer und Herbst explosiv wird. Die Corona-Zwangsmaßnahmen und das Einkassieren elementarster Grundrechte haben zu einem regelrechten Wutstau geführt. Zudem fürchten die Linksextremisten den Verlust der Deutungshoheit auf der Straße und verüben in immer kürzeren Abständen schwerste Gewaltverbrechen, wie den Mordversuch an Stuttgarter Grundrechte-Demonstranten. Und in den No-Go-Areas der Republik stehen sich die

kriminellen Clan-Mitglieder regelrecht auf den Füßen und fechten brutale Territorialkämpfe aus. Derweil scheinen Schreiberlinge wie der *Spiegel*-Mann Feldenkirchen auf den nächsten Polizeieinsatz gegen Ausländer regelrecht zu warten – die Rassismus-Überschrift ist schon verfasst.

Spätestens dann werden viele Polizisten feststellen, dass die bürgerliche Mitte sich nicht mehr schützend vor sie stellen wird.

Bestellinformationen:

» Juan Moreno: *Tausend Zeilen Lügern*, 288 Seiten, 18,00 Euro – **hier** bestellen!

» Rainer Mausfeld: *Angst und Macht*, 128 Seiten, Paperback, 14,00 Euro – **hier** bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei KOPP Report erschienen).